№ 257. Sonnabend, den 3. November. 1860.

Abonnementspreise:
Jährlich 5 Thlr. 10 Ngr. in Sachsen. Im Auslande
vierteljährl. 1 „ 40 „ „ „ tritt Post- und
Monatlich in Dresden: 15 Ngr. Stempelzu-
Einzelne Nummern: 1 Ngr. schlag hinzu.

Insertionspreise:
Für den Raum einer gespaltenen Zeile: 1 Ngr.
Unter „Eingesandt" die Zeile: 2 Ngr.

Erscheinen:
Täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage,
Abends für den folgenden Tag.

Dresdner Journal.

Verantwortlicher Redacteur: J. G. Hartmann.

Insertionsannahme auswärts:
Leipzig: Fr. Brandstetter, Commissionär des Dresdner Journals; ebendaselbst: H. Hünner; Altona: Haasenstein & Vogler; Berlin: Gropius'sche Buchh., Retemeyer's Bureau; Bremen: E. Schlotte; Frankfurt a. M.: Jaeger'sche Buchhandlung; Köln: Adolf Bädeker; Paris: v. Löwenfels (28, rue des bons enfans); Prag: Fr. Ehrlich's Buchhandlung.

Herausgeber:
Königl. Expedition des Dresdner Journals, Dresden, Marienstrasse Nr. 7.

Amtlicher Theil.

Dresden, 25. October. Se. Majestät der König haben zu Friedensrichtern zu ernennen geruht: den Gutsbesitzer, Ortsrichter Ernst Ehregott Eckelmann zu Allsattel, im Amtsbezirke Lommatzsch; den Amtslandrichter Gottlob Friedrich Göhler zu Hermsdorf, im Amtsbezirke Frauenstein; den Rittergutsbesitzer Eugen Alexander Käserstein auf Haldbach, im Amtsbezirke Freiberg; den Rittergutsbesitzer Wilhelm Ferdinand Pause auf Gröppendorf, im Amtsbezirke Mügeln; den Ortsrichter und Gemeindevorstand Carl Friedrich Valentin zu Wittgensdorf im Amtsbezirke Limbach; den Rittergutsbesitzer Adolph Woldemar Höckner auf Hilmersdorf im Amtsbezirke Marienberg; den Bürgermeister Gustav Friedrich Ackermann zu Zöblitz, im Amtsbezirke Zöblitz; den Ortsrichter Christian Gottfried Schöniger zu Rodewisch im Amtsbezirke Auerbach.

Nichtamtlicher Theil.

Uebersicht.

Telegraphische Nachrichten.
Zeitungsschau. (Presse. — Zeitungsstimmen über die Warschauer Zusammenkunft.)
Tagesgeschichte. Dresden: Kammerwahlen zur Besetzung der Präsidentenstellen. — Wien: Vom Hofe. Antritt des neuen Polizeiministers. Herr v. Hübner erwartet. Rundschreiben des Grafen Rechberg bezüglich der Organisationserlasse. — Berlin: Der Tod der Kaiserin-Mutter von Rußland. Befinden des Prinz Regenten. Herr v. Reumont. — Darmstadt: Die Stellung der Kammern bezüglich der Rechtsverhältnisse der Grundherren. — Paris: Die Warschauer Zusammenkunft. Das „neue Recht" in Italien. Rüstungen. Neue Steuern. Kampf der Civil- und Militärbehörden in Algerien. Stimmung gegen den engl. Handelsvertrag. — Rom: Eine Erklärung Lamoricière's. Neapel: Frauenadresse an Victor Emanuel. Garibaldi. Eine Erklärung des Generalconsuls in Dresden. Gesammtresultat der Abstimmung. Vom Kriegsschauplatze. Zustände in Neapel. — London: Prinz von Wales erwartet. Der neapolitanische Gesandte. Admiral Napier. Kosten des chinesischen Krieges. Ein Schreiben des Infanten Don Juan. — Konstantinopel: Zwangsanleihe in Aussicht. Eine Erbschaft des Sultans. Verwarnung. — Kalkutta u. Batavia: Aus der neuesten Ueberlandpost. — New-York: Prinz von Wales eingeschifft.
Dresdner Nachrichten.
Provinzialnachrichten. (Leipzig. Rothenkirchen.)
Statistik und Volkswirthschaft.
Feuilleton. Tageskalender. Inserate. Börsennachrichten.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, Donnerstag, 1. November, Abends. Eine in den Straßen angeheftete Depesche veröffentlicht die Bestätigung des Sieges der Alliirten in China am 24. August. Die Forts haben sich ergeben. Die Capitulation übergiebt den Verbündeten das Land bis Tientsing. Gesandte gehen nach letztgenanntem Orte, wo chinesische Commissare zur Unterhandlung warten.

Neapel, Mittwoch, 31. October. Der König von Sardinien ist mit seinem Heere gegen den Garigliano vorgegangen. Capua wird von Garibaldi belagert und bombardirt.

Dresden, 2. November.

Die Wiener „Presse" äußert sich unter Anderm folgendermaßen über das (unter „Tagesgeschichte" folgende) Rundschreiben, mittelst dessen Graf Rechberg die Vertreter der kaiserlichen Regierung bei den deutschen Höfen über die Staatsacte vom 20. October unterrichtet hat: „Es ist noch lebhaft in Aller Gedächtniß, wie im vorigen Jahre, als der Krieg in Italien entbrannte, die Partei Derer, welche die Bundesgenossenschaft Deutschlands für Oesterreich nicht zugeben wollten, gerade durch das eine Argument, daß der Kaiserstaat, weil stets allen Fortschrittsideen abhold und die liberale Entwickelung Deutschlands aufhaltend, die Hilfe des liberalen Deutschlands nicht verdiene, so stark und mächtig wurde, daß am Ende Oesterreich, der Deutsche Bundesstaat, im Kampfe allein gelassen, der franco-sardischen Allianz unterliegend, eine Provinz verlor. Jetzt hat es den Anschein, als sei abermals eine unsrer Provinzen zum Angriff ausersehen, und wenn das bedrängte Oesterreich nun abermals einen Appell an Deutschland ergehen lassen müßte, so hat es durch seine veränderte Politik im Innern im Voraus wenigstens schon theilweise jene Widersacher entwaffnet, welche uns früher widerspruchslos im Namen des Liberalismus ihre Unterstützung verweigern zu dürfen glaubten. Allein nicht blos im Hinblick auf diese drohende Gefahr, sondern auch mit Bezug auf das Bundesverhältniß zu Deutschland bietet das Rundschreiben des Grafen Rechberg für die Betrachtung eine höchst interessante Seite, indem der Ministerpräsident leise zwar, aber doch nicht unverständlich daran mahnt, daß Oesterreich nun auch einer längst übernommenen bundesrechtlichen Verpflichtung nachzukommen beginne. Nun endlich beginnt, wie das Rechberg'sche Rundschreiben zu verstehen giebt, die kaiserliche Regierung damit, der Bevölkerung auch jene verfassungsmäßigen Rechte einzuräumen, welche, wie sich der Ministerpräsident ausdrückt, den innigen Verband der deutsch-österreichischen Bundesländer mit dem deutschen Gesammtvaterlande immer mehr befestigen werden. In der That kennen wir kein stärkeres politisches Band, als die Gemeinsamkeit der Rechte. Dies nun bedingt für Oesterreich aber auch, daß hier jetzt nicht etwa noch damit angefangen werde, von wo in andern deutschen Ländern vor 40 oder 20 Jahren ausgegangen wurde, sondern wir müssen jetzt rasch das Versäumte nachholen, um unsre Verfassung bald vollkommen ebenbürtig mit denjenigen Rechtszuständen, die in Preußen, Bayern, Württemberg u. s. w. bereits gewonnen sind, zu gestalten. Gern wollen wir dabei eingedenk bleiben, daß die Regierung bei ihren neuesten Entschlüssen auf den Rechtsboden der deutschen Bundesacte zurückkehrte und an deren verpflichtende Bestimmungen anknüpfte. Auch wir besitzen einige Empfänglichkeit für solche historische Rechtstitel, und wenn man es heute an den Ungarn anstaunt, daß sie an ihrem historischen Recht mit eiserner Treue festhalten, so mag man nicht vergessen, daß auch die Deutschen in Oesterreich ein Recht auf eine Verfassung haben. Deshalb scheint es uns, daß gerade die liberale Partei, wofern sie am heutigen Staatsleben thätigen Antheil nehmen will, heute keine andere Aufgabe mehr suchen kann, als den neuen Rechtstitel zu wahren, auf dem die neue österreichische Verfassung ruht. Die Deutsch-Liberalen müssen sich mit allem Eifer dieser Verfassung bemächtigen und an ihrem Ausbau arbeiten."

Bezüglich der Aeußerungen der Presse über die Fürstenzusammenkunft in Warschau ist zu bemerken, daß die norddeutschen „nationalen" Blätter die völlige Resultatlosigkeit derselben als eine ausgemachte Sache annehmen. In den mehr ministeriell gefärbten preußischen Blättern wird dies zwar nicht ausgesprochen, dagegen wird betont, daß Engagements keiner Art eingegangen seien und überhaupt ein gemeinsames Handeln in Bezug auf irgend eine der obschwebenden großen politischen Fragen nicht in Verabredung genommen wäre. Die österreich. Blätter enthalten sich weiterer Conjecturen; einige verspotten Diejenigen, welche von dem Gange der Berathungen so genau unterrichtet sein wollen, andere machen die Bemerkung, die Zeit werde es bald lehren müssen, ob Europa in Warschau eine Grundlage des Friedens und Rechts gewonnen habe oder nicht. Die englischen liberalen Blätter stellen gleichfalls ohne Weiteres die Behauptung auf, in Warschau sei gar kein Resultat gewonnen, und die „Times" z. B. ist ganz zufrieden damit, daß die Warschauer Zusammenkunft resultatlos geblieben sei, da, wie sie meint, die Zusammenkunft der Herrscher von Oesterreich, Preußen und Rußland nichts Gutes für die Freiheiten Europas weissagen könne. Die „Times" erblickt in den Bestrebungen der drei Großmächte nichts als eine „engherzige und dynastische Opposition und eine Politik, deren Zweck das Bündniß der Fürsten gegen die Völker ist", und sie kann es nicht bedauern, „daß bei solchen Bestrebungen nichts herausgekommen ist". „Daily News" spricht sich dahin aus, daß die Warschauer Conferenz resultatlos geblieben sei, weil Oesterreich und Preußen dem Ansinnen Rußlands, auf den Pariser Vertrag zurückzukommen, nicht Folge gegeben hätten. — Die französische Presse, soweit sie als inspirirt betrachtet wird, hält sich in Schweigen Warschau gegenüber, zeigt sich aber nach dem Vorgange des „Constitutionnel" plötzlich für ein einiges, mächtiges Italien, dessen Errichtung von einem Congreß Europas sanctionirt würde, begeistert. Während diese officiösen Blätter es als eine Unmöglichkeit aufstellen, daß Oesterreich in Italien interveniren könnte und versichern, das österreichische Cabinet habe keinen Gedanken einer solchen Interventionspolitik, versuchen die demokratischen französischen Blätter ihr Publicum davon zu überzeugen, daß Oesterreich mit Kriegsgedanken umgehe und eine neue heilige Allianz gegen Frankreich zu Stande bringen werde. Dann werde der „letzte große Kampf" der „freien Völker" gegen die „fürstliche Tyrannei" ausgefochten werden. — Wir theilen schließlich zwei Aeußerungen deutscher Blätter mit, in denen positive Resultate der Warschauer Zusammenkunft angedeutet werden. Der „Allgemeinen Zeitung" schreibt man aus Warschau: „Fragen Sie nach den Resultaten dieser Zusammenkunft, so gestehe ich Ihnen ganz offen, daß es mir nicht gelungen ist, in die Geheimnisse der diplomatischen Verhandlungen einzudringen, so wenig wie den andern Referenten, welche zum Theil den weiten Weg von Paris und Brüssel hierher gemacht haben, und bei der Unmöglichkeit, etwas Positives zu erfahren, sich einer um so vollständigern Verzweiflung überliefen, als sie bei ihrer Orts- u. Sprachunkenntniß nicht einmal an Studien über Land u. Leute sich zu entschädigen vermochten. Doch dürfte den von den Polen eifrig verbreiteten Gerüchten, als hätten sich die Kaiser vollends brouillirt, sehr wenig Glauben beizumessen und ganz im Gegentheil anzunehmen sein, daß Franz Joseph von dem überaus freundlichen, ja herzlichen Empfange — der Kaiser Alexander küßte seinen kaiserlichen Gast mit Innigkeit, wovon dieser nach der Versicherung von Augenzeugen sichtlich überrascht und bewegt war — und der zuvorkommenden Artigkeit des russischen Monarchen einen so gewinnenden Eindruck erhalten habe, daß, bei aller Verschiedenheit der Anschauungen, Bestrebungen und Interessen, die so lange gespannten persönlichen Beziehungen der beiden großen Herrscher von nun an einen entschieden freundlichen Charakter angenommen haben werden. Als gewiß kann ich Ihnen jedoch melden, daß namentlich über die orientalische Frage eine principielle Verständigung gewonnen ist. Rußland hat ein dringendes Interesse an der Beseitigung der unerträglichen Fesseln des 1856er Vertrags, und Oesterreich ist, wie man mir aus bester Quelle versichert, vollständig bereit, alle berechtigten Interessen Rußlands am schwarzen Meere anzuerkennen und zu unterstützen. In drei andern wichtigen Fragen ist eine bedeutsame Annäherung erfolgt. In der polnischen vor Allem ist es klar geworden, daß alle drei betheiligten Staaten die gleiche Stellung gegen den Nationalitätschwindel zu behaupten gedenken. Die unparteiische Justiz und rechtliche Verwaltung, welche Preußen, die wohlwollende Rücksichtnahme und bewußte Schonung, die Rußland in seinen polnischen Landestheilen kennzeichnen, findet in der Anwendung des Grundsatzes der Autonomie auf die „historisch-politische Individualität" auch österreichischerseits für Galizien ihr Pendant, und die Mißstimmung der Schwärmer wird in diesem polnischen Lande auf das gleiche Maß, wie bei seinen nördlichen Nachbarn zurückgeführt werden. In der italienischen Frage dürfte man zwar Oesterreich zum Angriff nicht ermuthigt haben und dem nach zu später Einsicht und Ermannung hoffnungslos kämpfenden König von Neapel nach wie vor nur moralisch beizustehen gewillt sein; aber in der Behauptung Venetiens ist Oesterreich jedenfalls durch feste Engagements bestärkt worden."

Die „Neue Preußische Ztg." berichtet: „Welche Resultate die Zusammenkunft der drei Monarchen gehabt, oder nicht gehabt hat, läßt sich allgemeinhin in wenig Sätzen zusammenfassen: Daß von keiner Seite ein schriftliches Abkommen nach irgend welcher Richtung hin beliebt werden möge, war — wie wir damals meldeten — im Voraus beansprucht und gewährt worden; daß die drei Fürsten auch in mündlicher Besprechung das von Frankreich und Sardinien aufgestellte Nationalitätsprincip nicht anerkannt haben, wie sie dies vorher schon im schriftlichen Verkehr ihrer Cabinete gethan, darf mit Bestimmtheit angenommen werden; daß Oesterreich in keiner Weise die Absicht eines Offensivauftretens in Italien kund gegeben, daß also auch Preußen und Rußland betreffende Verbindlichkeiten nicht haben ablehnen können; daß endlich die Tage von Warschau mit dem persönlichen Scheiden der Monarchen am 26. October ihr Endresultat noch nicht gefunden haben, und daß einzelne Fragen, die in Warschau von den Monarchen nur oberflächlich berührt wurden, demnächst seiten der Cabinete eine ausführlichere Behandlung erfahren werden."

Tagesgeschichte.

Dresden, 2. November. In beiden Ständekammern hat heute die erste vorbereitende Sitzung stattgefunden. In der Ersten Kammer wurden bei Anwesenheit von 35 Mitgliedern als Candidaten für die Stelle des Vicepräsidenten gewählt: Kammerherr Freiherr v. Friesen auf Rötha (Vicepräsident der Kammer während der letzten Landtage) mit 28, Freiherr v. Welck auf Riesa mit 26 und Bürgermeister Müller aus Chemnitz mit 25 Stimmen. — Die Zweite Kammer, in welcher 62 Abgeordnete anwesend waren, hat Se. Majestät für die Stellen des Präsidenten und des Vicepräsidenten folgende vier Candidaten in Vorschlag gebracht: in erster Abstimmung Bürgermeister Haberkorn aus Zittau (Präsident der Kammer während des letzten außerordentlichen Landtags) mit 59, in zweiter Abstimmung Stadtverordnetenvorsteher Advocat Dr. Arnest aus Dresden mit 36, in dritter Stadtrath Adv. Koelz aus Chemnitz mit 37 und in vierter Rittergutsbesitzer Oehmichen-Choren mit 34 Stimmen. Sämmtliche Gewählte erhielten jedesmal im ersten Wahlgange die absolute Majorität.

Wien, 31. October. (W. Bl.) Se. Maj. der Kaiser wird am Sonnabend von Ischl wieder in Schönbrunn eintreffen. Ihre Maj. die Kaiserin wird sich dem Vernehmen nach gegen Mitte des Monats November auf einige Zeit nach Madeira begeben. — Der Polizeiminister Frhr. v. Mecsery hat heute die Leitung des Ministeriums übernommen. — Fürst Paul Esterhazy wird sich nächste Woche nach Oedenburg begeben und eine Bereisung des Comitats vornehmen. — Baron v. Hübner wird heute Paris verlassen und dürfte nächste Woche hier eintreffen.

— Das nachfolgende Rundschreiben, mit welchem die allerhöchsten Entschließungen vom 20. October den k. k. Gesandtschaften zur Mittheilung an die resp. Regierungen mitgetheilt wurden, wird von der „Allg. Ztg." veröffentlicht:

Wien, 31. October.

„In der amtlichen „Wiener Zeitung" vom heutigen Tage finden Ew. ꝛc. den Text der allerhöchsten Entschließungen, durch welche Se. Majestät der Kaiser, nach reiflicher Prüfung der Verhandlungen und Anträge des verstärkten Reichsraths, die nächsten Grundlagen für die Fortbildung unserer Verfassung, und zwar zunächst für die Gesetzgebung und Verwaltung der Kronländer, zu bestimmen geruht haben. Es ist mir Pflicht, Ihnen, Herr Graf, die Gesinnungen, welche Se. Majestät der Kaiser bei Ertheilung dieser Sanction Allerhöchstsich bewegen, zur Kenntniß zu bringen.

Es ist Ihnen bekannt, daß Se. Majestät der Kaiser, bei Ertheilung der Sanction der Grundgesetze vom 26. Februar d. J., Allerhöchstsich vorbehielten, die Ausführung der Grundsätze, welche in den Grundgesetzen ausgesprochen sind, zu jener Zeit, wann es Allerhöchstdenselben angemessen erscheinen wird, in Erwägung zu ziehen, und Allerhöchstdieselben Ihre Majestät die Kaiserin Allergnädigst ermächtigten, Sich Allerhöchstihrer Mitwirkung zu versichern. Es ist Ihnen bekannt, daß Se. Majestät der Kaiser, bei Ihrer Ankunft in Wien, Allerhöchstsich bewogen fanden, Ihre Mitwirkung in Anspruch zu nehmen, und daß Ihre Majestät die Kaiserin Allergnädigst Ihre Mitwirkung zu erbitten geruhten.